

# Positionspapier (Vor-)Schulische Bildung

Mai 2008



## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	2
Vorschulische Bildung / Kindergarten .....	3
Volksschule und Sekundarstufe I .....	4
Sekundarstufe II .....	4
Berufliche Erstausbildung .....	5
Rahmenbedingungen .....	5
Quellen und weiterführende Links .....	7

## Präambel

Wir erachten Bildung als grundlegendes Menschenrecht und Schlüsselement zur Herstellung von gesellschaftlicher Chancengleichheit<sup>1</sup>. In der Diskussion rund um den Wandel zur wissensbasierten Gesellschaft<sup>2</sup> erscheint es uns wichtig zu betonen, dass Bildungspolitik verstärkt mit dem Fokus auf gesellschaftliche und soziale Fragen und nicht nur aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sicht thematisiert werden muss. Nicht zuletzt spielt Bildung eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Verfestigung von ungleichen Chancen und wirkt der Vererbung von Armut entgegen.

Eine Bildungspolitik, wie wir sie fordern, stellt vor allem aber auch die Lernenden in den Mittelpunkt und will dazu beitragen, diese in ihrer Selbstentwicklung bestmöglich zu unterstützen.

Wir vertreten zudem die Ansicht, dass Bildung nicht auf dem Aspekt der sozialen Selektion beruhen darf – bestehende Mechanismen benachteiligen nachweislich Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache und Frauen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Vereinte Nationen, Kinderrechtskonvention, 1990. insbes. Art. 28 u. 29. Die UN-KRK wurde in Österreich bereits 1992 ratifiziert, eine verfassungsrechtliche Verankerung steht aber bis heute aus.

<sup>2</sup> Wir formulieren unsere Forderungen im Bezug auf das österreichische Bildungssystem in dem Bewusstsein, dass die Debatte keine rein nationale sondern v.a. auch eine europäische ist.

<sup>3</sup> Vgl. OECD, 2007.

Die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache und die umfassende Förderung und Einbindung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in allen Schulstufen ist uns zudem ein besonderes Anliegen, das wir in einer Bildungsreform verwirklicht sehen wollen.

Die nachstehenden Forderungen, gegliedert in die Bereiche Schulstufen, Berufsausbildung und Rahmenbedingungen, zielen auf einen bildungspolitischen Paradigmenwechsel und eine Neudefinition des Begriffs „Bildung“ ab. Bildung soll nicht dahingehend ausgerichtet sein, „Arbeitsmarktfähigkeit“ herbeizuführen, sondern soll Menschen durch das Wissen um ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten befähigen, an Gesellschaft und Arbeitswelt teilzuhaben.

## **Vorschulische Bildung / Kindergarten**

Eine Bildungsreform, wie wir sie fordern, umfasst auch den Bereich der vorschulischen Bildung. Dies hat zweierlei Gründe:

Zum einen legt die vorschulische Bildung nicht nur die sprachliche sondern vor allem auch die soziale Basis für spätere Bildungschancen der Kinder. Zum andern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für junge Eltern ein zentrales Anliegen und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit deren Aussichten auf berufliche Entwicklungschancen beider Elternteile.

### **Die BJV fordert:**

- den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder (0-6 Jahre). Das heißt, dass sowohl eine ausreichende Zahl an Plätzen als auch ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden soll.
- Betreuungsangebote für Kleinkinder, die im Angebot ganztägig und ganzjährig sowie kostenlos und pädagogisch ausgerichtet sind.
- dass die Ausbildung der Kindergarten-PädagogInnen so wie die aller anderen PädagogInnen zukünftig im tertiären Sektor stattfindet. Neben der dadurch aufgewerteten Qualifikation der Kindergarten-PädagogInnen wird damit die internationale Vergleichbarkeit der Ausbildung hergestellt.
- eine Kindergarten-Pflicht, die ein Jahr vor Schuleintritt beginnt und dazu beitragen soll, dass alle Kinder mit der notwendigen sozialen und sprachlichen Kompetenz und den entsprechenden kognitiven Fähigkeiten ausgestattet ihre Schullaufbahn antreten können.

## Volksschule und Sekundarstufe I

Sollen die Maßnahmen im vorschulischen Bereich nachhaltig greifen, bedarf es auch in Volksschule und Sekundarstufe I einer Neuorientierung. So wie die Volksschule soll auch die Sekundarstufe I eine gemeinsame Schule für alle sein, in der SchülerInnen voneinander lernen können und alle Begabungen gefördert werden.

Wesentliche Aspekte für das Gelingen dieser gemeinsamen Schule sind die Individualisierung des Unterrichts und ein ganztägiges Betreuungsangebot, das v.a. auch eigenständige Lern- und Bewegungsphasen beinhaltet. Durch kleinere Klassen sowie ein breiteres Angebot an Begleit- und StützlehrerInnen können die Bedürfnisse der SchülerInnen wahrgenommen und Chancengleichheit gefördert werden.

### Die BJV fordert:

- eine gemeinsame Schule der 10-15jährigen, die von interner Differenzierung und Individualisierung geprägt ist.
- die Berücksichtigung aller Talente, Begabungen und Interessen in der Unterrichtsgestaltung Das heißt, es soll Lernangebote geben, die kognitive, haptische, musische, soziale etc. Aspekte beinhalten.
- Berufs- und Bildungswegorientierung als Pflichtfach in der 7. und 8. Schulstufe. Jugendliche sollen im Besonderen bei der Wahl von nicht-traditionellen Ausbildungswegen unterstützt werden. Lehrkräfte, die in diesem Bereich als BeraterInnen tätig sind, sollen außerschulische Berufs- bzw. Praxiserfahrung mitbringen.
- (Demokratie-)Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der 5. Schulstufe unter Beibehaltung des Unterrichtsprinzips für alle Schulstufen.
- das kostenlose Nachholen des Pflichtschulabschlusses.

## Sekundarstufe II

Neben dem vertieften Erwerb von Allgemeinbildung und Kernkompetenzen dient die Sekundarstufe II der Spezialisierung und der Aneignung von Fachwissen. Ein modernisierter Fächerkanon soll auch zu selbstverantwortlichem und verantwortungsbewusstem Handeln in Bereichen wie Finanzen, Konsum oder Ernährung befähigen.



### Die BJV fordert:

- eine Modularisierung bzw. die Einführung eines Kurssystems. Eine fundierte Berufs- und Bildungswegentscheidung soll so ermöglicht werden.
- die Abschaffung des „Sitzenbleibens“ (die modulare Form würde das ohnehin konsequenterweise zur Folge haben).
- regelmäßige externe und schulübergreifende Evaluationen der Sekundarstufe II, um die Qualität der Schulen und ihre Vergleichbarkeit zu steigern.
- dass eine zukünftige Überprüfung am Ende der Sekundarstufe II im Ergebnis nicht nur Leistung im Rahmen der die Abschlussarbeit(en) berücksichtigt, sondern auch die Lernfortschritte der vorhergegangenen Schulstufen.

## Berufliche Erstausbildung

In diesem Bereich kann vor allem die Absicherung und Verbesserung der dualen Lehrausbildung als Herausforderung, die es in nächster Zeit zu bewältigen gilt, gesehen werden.

### Die BJV fordert:

- Maßnahmen zur Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Sekundarstufe II und Lehre.
- flächendeckend eigene maturaführende duale Ausbildungsangebote parallel zur Sekundarstufe II.
- Möglichkeiten zur kostenlosen Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung im Rahmen der Lehrausbildung.
- Maßnahmen, die den Wiedereinstieg von Schul- bzw. LehrabrecherInnen in die berufliche Ausbildung forcieren.
- die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung von AusbilderInnen.

## Rahmenbedingungen

Ein Großteil unserer Forderungen bezieht sich nicht auf einen einzelnen Bereich des Bildungssystems sondern auf die generellen Rahmenbedingungen an sich.

Wie bereits in unserem **Positionspapier für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen (2006)** gefordert, erachten wir es nach wie vor als unerlässlich, dass Bildungseinrichtungen Orte der Partizipation für Kinder und Jugendliche sind. Nur die konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen führt zur Nachhaltigkeit von anstehenden Reformen.

## Die BJV fordert:

- eine gemeinsame Grundausbildung aller PädagogInnen, die den Erwerb von Kernkompetenzen gewährleistet
- geschlechtssensiblen Unterricht sowie begleitende gesellschaftspolitische Bewusstseinsarbeit, die eine Aufwertung des pädagogischen Berufs forciert. Ziel dieser Bewusstseinsarbeit soll es auch sein, mehr Männer zu motivieren, als Pädagogen im Pflichtschulbereich tätig zu werden. Stereotype Rollenbilder werden dadurch aufgebrochen und den SchülerInnen werden vielfältige Geschlechtsrollen vermittelt.
- die Verpflichtung zur Weiterbildung für alle PädagogInnen.
- den Einsatz von zusätzlichen PädagogInnen für Fördermaßnahmen.
- ein flächendeckendes Angebot von Schulsozialarbeit und schulpsychologischer Betreuung.
- die Abkehr von der Defizitpädagogik und die verstärkte Berücksichtigung und Förderung von Potentialen.
- eine Neuausrichtung des Unterrichts: Dieser soll neben differenziertem und individualisiertem Fachunterricht auch fächerübergreifendes und projektbezogenes Arbeiten beinhalten und stärker als bisher praxisbezogen sein.
- die Förderung von „Peer-Learning“. Mit- und voneinander lernen erzeugt eine Win-Win-Situation für stärkere und für schwächere SchülerInnen.
- die Anerkennung von Vielfalt in der Klasse als Chance. Dimensionen der Vielfalt können bspw. Sprache, Religion oder Kultur sein. Die Basis für die Wertschätzung der Vielfalt legt ein ehrlicher interkultureller und interreligiöser Dialog.
- muttersprachliche Unterrichtsangebote für SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache.
- zusätzlich zur Notengebung eine umfassendere, schriftliche Leistungsbeurteilung.
- mehr Schulautonomie bei gleichzeitiger Stärkung der Handlungskompetenzen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, um u.a. den derzeitigen Ressourcenverlust durch ineffiziente Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu stoppen.
- entsprechende finanzielle Mittel zur Umsetzung von notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen.
- den verstärkten Austausch von Best Practice-Beispielen. Das können sowohl Modelle sein, die an einzelnen Schulen erfolgreich umgesetzt werden, als auch bildungspolitische Anregungen aus anderen europäischen Ländern.
- bundesweit kostenlose Bildungsangebote – besonders die Bereiche, die derzeit noch mit Kosten verbunden sind, müssen unverzüglich in Angriff genommen werden (bspw. Berufsreifeprüfung, Nachholen der Matura).



## Quellen und weiterführende Links

**Bundesjugendvertretung:** JUGENDAGENDA06 – 10 Punkte für Österreichs Jugend. Forderungskatalog zum Regierungsübereinkommen 2006.

**Bundesjugendvertretung:** alle Positionspapiere, va. zum Thema „Partizipation“.

**Die Sozialpartner:** CHANCE BILDUNG. Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie. Bad Ischl, Oktober 2007. [www.sozialpartner.at/sozialpartner/ChanceBildung\\_20071003.pdf](http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/ChanceBildung_20071003.pdf) [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]

**Europäisches Jugendforum:** 0622-07 European Youth Forum contribution to the public consultation on „Schools for the 21st Century“. 2007.

**ExpertInnenkommission „Zukunft Schule“:** Erster Zwischenbericht. 14. November 2007. [https://www.bmbf.gv.at/ek\\_zwb\\_01\\_15690.pdf?4dtiae](https://www.bmbf.gv.at/ek_zwb_01_15690.pdf?4dtiae) [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]

**Gonand, Frédéric/Joumard, Isabelle/Price, Robert:** Public spending efficiency: Institutional Indicators in Primary and Secondary Education. Economics Department Working Paper No. 543. OECD, 30. Jänner 2007. <http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?doclanguage=en&cote=eco/wkp%282007%293> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]

**Lassnigg, Lorenz/Felderer, Bernhard/Paterson, Iain/Kuschej, Herman/Graf, Nikolaus:** Ökonomische Bewertung der Struktur und Effizienz des österreichischen Bildungswesens und seiner Verwaltung. Endbericht. IHS-Studie im Auftrag des BMUKK, August 2007. [http://www.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/AgSo/secReps/ihs\\_oekbew.pdf](http://www.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/AgSo/secReps/ihs_oekbew.pdf) [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]

**OECD:** Education at a glance 2007. Paris, 2007. <http://www.oecd.org/education/skills-beyond-school/40701218.pdf> [zuletzt aufgerufen: 25.06.2014]

**Vereinte Nationen:** Konvention über die Rechte des Kindes. New York, 26. Jänner 1990. [http://www.kinderrechte.gv.at/wp-content/uploads/2013/01/un-konvention\\_ueber\\_die\\_rechte\\_des\\_kindes\\_deutsche\\_fassung.pdf](http://www.kinderrechte.gv.at/wp-content/uploads/2013/01/un-konvention_ueber_die_rechte_des_kindes_deutsche_fassung.pdf) [zuletzt aufgerufen 25.06.2014]